Wirtschaftspolitischer Vergleich der vier größten Bundesländer

Baden-Württemberg

Bayern

Niedersachsen

Nordrhein-Westfalen

MIT
MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

Nordrhein-Westfalen – beim Wachstum versagt!

„NRW bundesweites Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum“ (Focus, 30.03.2016)
„Wirtschaft in NRW wächst nicht mehr“ (Süddeutsche Zeitung, 31.03.2016)
„Wirtschaft in NRW steckt in der Wachstumskrise“ (Kölner Stadtanzeiger, 31.03.2016)

Schlagzeilen, die Nordrhein-Westfalen im Frühjahr dieses Jahres kalt erwischten. Ein großes Medienecho zum Nullwachstum und eine hitzige Debatte im Landtag haben wenig an der rot-grünen Haltung geändert. Sinnbild für die wirtschaftliche Ideenlosigkeit der Regierung Kraft ist der Ausspruch des Wirtschaftsministers, das Ergebnis wäre „unerfreulich, aber nicht überraschend“.

Mittlerweile hat sich die Wachstumslücke im Vergleich zu den alten Bundesländern (ohne Berlin und NRW) seit 1991 auf über 12 Prozentpunkte aufsummiert. Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung hat bereits in der Vergangenheit mit den Wirtschaftspolitischen Ländervergleichen aufgezeigt, dass Nordrhein-Westfalen regelmäßig hinter den vergleichbaren westdeutschen Flächenländern zurücklag. Nach sechs Jahren rot-grüner Überregulierung greifen wir diesen Vergleich wieder auf.

Das Problem ist seit langem bekannt: Bereits 2013 verwies McKinsey darauf, dass bei einem Aufschließen zu den wachstumsstarken westdeutschen Flächenländern 300.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse geschaffen und Steuermehreinnahmen von gut 3 Milliarden Euro pro Jahr erzielt werden könnten. Dies liegt deutlich über der Nettoneuverschuldung des Landes im letzten Jahr. Zudem würde bei dieser Wachstumsentwicklung die Arbeitslosenzahl halbiert. Obwohl Impulse, z. B. zur erfolgreichen Gestaltung der Digitalisierung, und der Erhalt und Ausbau bestehender Infrastrukturen dringend notwendig wären, geht die rot-grüne Landesregierung andere Wege: Klimaschutzgesetz, Landesentwicklungsplan, Landeswassergesetz, Bürokratiemonster, wie das Tariftreue- und Vergabegesetz, und eine Dominanz des grünen Koalitionspartners auch in vielen anderen wirtschaftspolitischen Fragen führen zu einem wirtschaftsfeindlichen Klima. Die Regulierungswut hemmt Wachstum, Investitionen und Wohlstand in unserem Land.

Auch in der Bevölkerung hat sich der Eindruck von Stillstand mittlerweile verfestigt. In der FORSA

Umfrage im Auftrag der MIT NRW wurde um eine Einschätzung der wirtschaftspolitischen Kompetenz der Landesregierung gebeten. Das Ergebnis: Mit 54 Prozent betrachtet eine deutliche Mehrheit der wahlberechtigten Menschen in Nordrhein-Westfalen die Wirtschaftspolitik der Landesregierung als nicht ausreichend.

Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die Wachstum aktiv fördert und sich nicht auf die Verhinderung des Schlimmsten beschränkt. Dafür muss Wirtschaft und Innovationen Vorrang in allen Politikbereichen eingeräumt werden. Nordrhein-Westfalen braucht eine klare Priorität für Wachstum in allen Politikfeldern.
#NRWkannmehr

Hendrik Wüst
MIT-Vorsitzender

Inhalt

1. Bruttoinlandsprodukt
- Wohlstand ist Ergebnis von Wachstum 4
- Die Wachstumslücke 4
- Wirtschaftswachstum 2014/15 5

2. Haushaltsdefizit
- Rot-Grüner Schuldenberg 7
- Der Zwang zur Steuererhöhung kommt von Oben 8

3. Arbeitsmarkt
- Im Vergleich fällt Nordrhein-Westfalen weiter zurück 10
- Aktuelle Arbeitslosenquote 11

4. Investitionen
- Investiert wird im Ausland... 12
- ...weniger in NRW 12

5. Insolvenzen
- Gesunkene Unternehmensinsolvenzen... 13
- ...aber Nordrhein-Westfalen ist Spitzenreiter bei Insolvenzquote 13

6. Breitband
- Infrastruktur für die Zukunft 15
- Unterdurchschnittliche Ausbaudynamik 16
- Gewerbegebiete digital abgehängt 16

7. Verkehr
- Stauland Nummer eins 17
- Fehlende Investitionen unter Rot-Grün 18

8. Bildung
- Schere zwischen Angebot und Nachfrage 21

#NRWkannmehr 22

Quellen 23

Impressum 24

1. Bruttoinlandsprodukt

Wohlstand ist Ergebnis von Wachstum

Wirtschaftswachstum schafft Arbeitsplätze und Wohlstand. Hierfür ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) als Indikator für den Wirtschaftserfolg die entscheidende Größe und misst den Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen in einer bestimmten Periode.

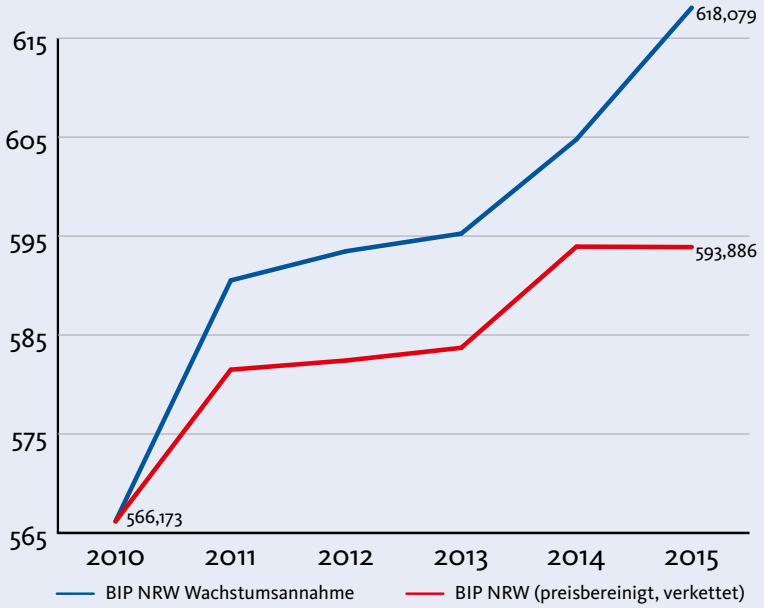
Nordrhein-Westfalen erwirtschaftete als bevölkerungsreichstes Bundesland in 2015 mit rund 594 Milliarden Euro gut ein Fünftel (21,3 Prozent) des gesamten deutschen BIP. Ein Wert, der zunächst beeindruckt. Im Vergleich mit anderen westdeutschen Flächenländern schneidet unser Bundesland jedoch seit vielen Jahren unterdurchschnittlich ab. Dadurch ergeben sich wirtschaftliche Nachteile für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Die Wachstumslücke

Stellt man das nordrhein-westfälische Wirtschaftswachstum der letzten sechs Jahre unter Rot-Grün den westdeutschen Ländern (ohne Berlin und NRW) gegenüber, so ergibt sich ein deutliches Bild verpasster Wachstumschancen.
Gerade einmal um 4,89 Prozentpunkte wuchs die nordrhein-westfälische Wirtschaft seit 2010. Wachstumsspitzenreiter und Wirtschaftsmotor Bayern hingegen erwirtschaftete im gleichen Zeitraum 12,33 Prozent mehr an Gütern und Dienstleistungen. In Baden-Württemberg und Niedersachsen waren es 10,37 Prozent und 6,71 Prozent. Nimmt man die westdeutschen Bundesländer (ohne Berlin und NRW) als Vergleichspunkt, stieg dort das BIP um 9,1 Prozentpunkte. Die Wachstumslücke allein zwischen 2010 und 2015 beträgt zu den westdeutschen Bundesländern (ohne Berlin und NRW) somit 4,21 Prozent.
Betrachtet man den gesamten Wachstumsrückstand Nordrhein-Westfalens seit 1991, der auf mehr als 12 Prozent angewachsen ist, sind unter der Regierung Kraft davon allein ein Drittel angefallen. Andere Flächenländern ziehen mit immer größerem Abstand davon.
Wäre NRW in den letzten sechs Jahren auf dem Niveau der anderen westdeutschen Bundesländer (ohne Berlin und NRW) gewachsen, so wäre das BIP in 2015 um gut 24 Mrd. Euro höher ausgefallen. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen wieder an der Spitze steht. Dafür ist eine Politik der verlässlichen Rahmenbedingungen ebenso wichtig, wie eine positive Grundeinstellung gegenüber Wirtschaft und Unternehmertum. Unternehmensvertreter fordern längst eine Willkommenskultur für Unternehmen in NRW.

Wachstum des BIP, tatsächlich und angenommen auf Niveau der westdeutschen Bundesländer (ohne Berlin und ohne NRW) in Milliarden Euro

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung der Länder, eigene Berechnung



Wirtschaftswachstum 2014/15

Die Zahlen des vergangenen Jahres belegen die Wachstumslücke noch einmal sehr genau. 2015 wuchs das BIP im Vergleich zum Vorjahr bundesweit um 1,7 Prozent. Während Bayern und Niedersachen ein Wachstum von 2,1 Prozent erwirtschafteten, verzeichnet Baden-Württemberg das deutschlandweit größte Wachstum im Vergleich zum Vorjahr mit 3,1 Prozent. Das Wachstum für die westdeutschen Bundesländer (ohne NRW) betrug 2,2 Prozent. Nordrhein-Westfalen hingegen ist mit 0 Prozent auf dem letzten Platz angekommen. In 2015 wuchs die Wirtschaft in allen Bundesländern, außer in Nordrhein-Westfalen. Hier herrschte wirtschaftliche Stagnation.

Betrachtet man den nordrhein-westfälischen BIP-Anteil (in jeweiligen Preisen) am gesamtdeutschen BIP in den Jahren 1991-2015, so wird deutlich, wie dauerhaft die politisch verschulde-

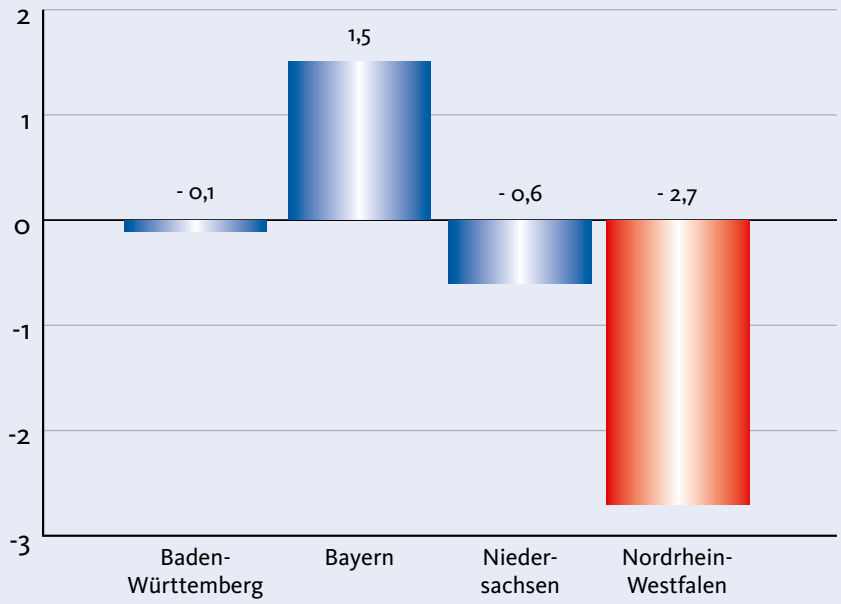
te Wachstumsschwäche unseres Bundeslandes ist. Nordrhein-Westfalen hat an Gewicht innerhalb Deutschlands verloren.

Betrug der nordrhein-westfälische Anteil am deutschen BIP 1991 noch 24 Prozent, so waren es 2015 nur noch 21,3 Prozent. NRW hat mehr als 10 Prozent seines Anteils am bundesweiten BIP eingebüßt. Alleine von 2010 bis 2015 gingen in NRW 0,6 Prozent Anteil verloren, in Niedersachsen waren es nur 0,1 Prozent. Baden-Württemberg und Bayern konnten ihren Anteil um 0,3 respektive 0,7 Prozent steigern.

Fehlendes Wachstum hat Folgen: Es hemmt die Entwicklung, führt zu Wohlstandsverlusten, kann das Arbeitskräftepotenzial nicht ausschöpfen, führt zu geringeren Einkommen und verringert somit auch die Steuerbasis. Der öffentlichen Hand fehlen dadurch Mittel, um notwendige Investitionen und Wachstum anzustoßen. Kurzum: Das Defizit wird zum Hemmnis für unsere Wettbewerbsfähigkeit und ein lebenswertes Nordrhein-Westfalen.

Veränderung des Anteils der Länder am deutschen BIP (=100 Prozent) 1991-2015

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder 1991-2015



2. Haushaltsdefizit

Rot-Grüner Schuldenberg

Trotz Steuerrekordeinnahmen von über 48 Milliarden Euro im vergangenen Jahr und dem damit verbunden Spitzenplatz innerhalb der Bundesländer, ist es in den vergangenen Jahren nicht gelungen, ohne neue Schulden auszukommen. Mehr noch – diverse Nachtragshaushalte in den vergangenen Jahren machen es schwierig, einen strukturell ausgeglichenen Haushalt bis zum Jahr 2020 zu erreichen, wie es im Grundgesetz vorgesehen ist.

So nahm die Landesregierung 2015 mehr als 1,95 Milliarden Euro an neuen Krediten auf. 2014 waren es 2,4 Milliarden Euro. Das ist mehr als die Hälfte der gesamten Nettokreditaufnahme aller Länder (4,57 Milliarden Euro) in dem Zeitraum und Platz 16 von 16. Und obwohl Baden-Württemberg und Niedersachsen ebenfalls eine Nettokreditaufnahme zu verzeichnen hatten, liegt der Betrag deutlich unter dem Nordrhein-Westfalens. Dass sich solide Haushaltsplanung und Wachstumszahlen auszahlen, wird hingegen in Bayern, mit einem Schuldenabbau von 1,3 Milliarden Euro, deutlich.

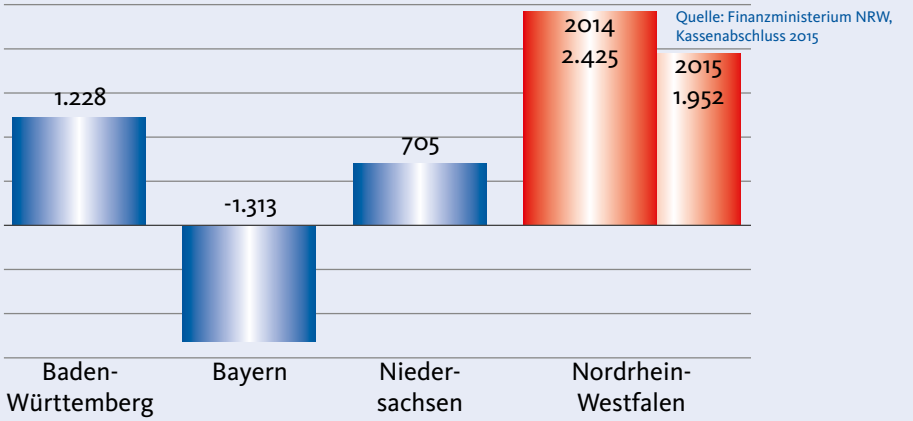
Der Vergleich der Finanzierungssalden über die letzten sechs Jahre unter Rot-Grün zeigt die hohen Deckungslücken in den rot-grünen Haushalten. Von 2010 bis 2014 konnten sich Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen angleichen.

Nettokreditaufnahme 2014 in Mio. Euro

Quelle: Bundesfinanzministerium, Finanzbericht 2016

Nettokreditaufnahme NRW 2015 in Mio. Euro

Quelle: Finanzministerium NRW, Kassenabschluss 2015



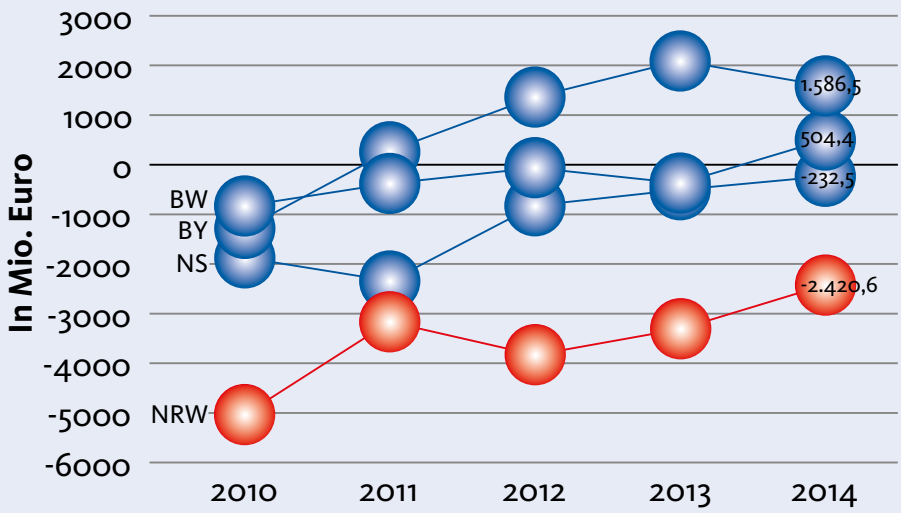
Nordrhein-Westfalen hingegen belegt auch hier mit einem Haushaltsdefizit von 2,4 Milliarden Euro bundesweit den letzten Platz.

Der Schuldenberg Nordrhein-Westfalens ist auch für die Kommunen eine große Belastung. Der Teufelskreis aus fehlenden Einnahmen, wenigen Investitionsmöglichkeiten und Steuererhöhungen führt zu direkten Wettbewerbsnachteilen gegenüber anderen Kommunen und Bundesländern.

Der Zwang zur Steuererhöhung kommt von Oben

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung kritisiert seit etwa 20 Jahren die Grundstruktur der Gemeindefinanzierung in Nordrhein-Westfalen. Wenn man kritisch herausarbeitet, dass NRW das Bundesland mit den höchsten Kommunalsteuern ist, wird sofort gegengehalten, in den Kommunen regiere auch die CDU. Aber dies

Entwicklung der Länderhaushalte, Finanzierungssaldo in Mio. Euro
Quelle: Bundesministerium der Finanzen



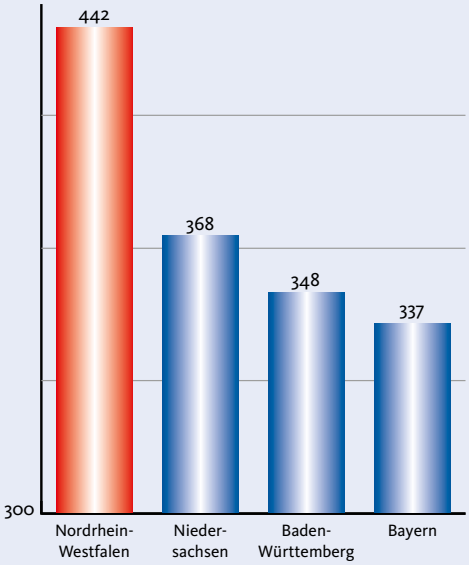
lenkt nur von den riesigen Unterschieden zwischen NRW und anderen Bundesländern ab. Wir stellen fest: Die von der SPD verteidigte Grundstruktur des Gemeindefinanzierungsgesetzes zwingt zu Steuererhöhungen auf kommunaler Ebene. Dort, wo die SPD regiert, ist dies eine bewusste Schädigung des Standortes.

Nach einer aktuellen Studie von Ernst and Young aus Februar 2016 sind in NRW die Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuer B die höchsten in der gesamten Bundesrepublik. Durchschnitt sind die 493 Punkte Grundsteuer B und 442 Punkte in der Gewerbesteuer. In Bayern zum Beispiel liegen die Hebesätze im Schnitt bei 341 (Grundsteuer B) und 337 (Gewerbesteuer). Das ist ein steuerlicher Wettbewerbsnachteil unserer Kommunen durch eine Landesgesetzgebung, die ihnen keine Luft für Investitionen gibt.
Betrachten wir für 2015 die Kommunen in Deutschland mit den höchsten Gewerbesteuersätzen, so liegen 8 von 10 in Nordrhein-Westfalen. In die Top-Ten der Kommunen mit den geringsten kommunalen Steuerbelastungen für Unternehmen hat es keine einzige Stadt unseres Bundeslandes geschafft!

Auch andere Bundesländer haben Strukturveränderungen gemeistert und dabei ihre Städte finanziell lebensfähig gehalten. In Nordrhein-Westfalen ist dies in 5 Jahrzehnten – fast ausnahmslos sozialdemokratischer und nicht zu vergessen grün dominierter Politik – nicht gelungen.

Und Politik macht einen Unterschied: Alleine in den letzten 5 Jahren rot-grüner Landesregierungen (2010-2015), stieg die Gewerbesteuer um 19 Prozentpunkte. Das war knapp dreimal so viel wie in der CDU-Regierungszeit (2005-2010).

Durchschnittlicher Gewerbesteuer-Hebesatz der Kommunen zum 30.06.2015
Quelle: Studie EY



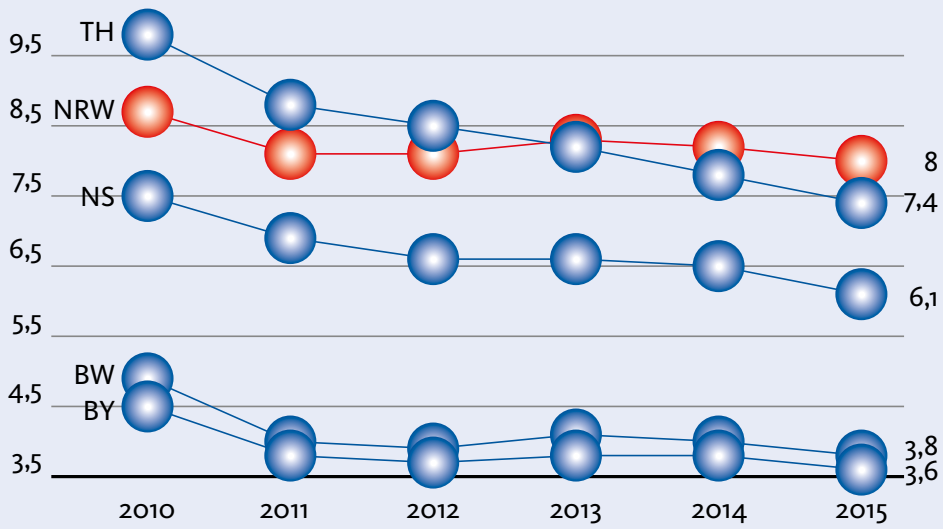
3. Arbeitsmarkt

Im Vergleich fällt Nordrhein-Westfalen weiter zurück

Trotz bundesweit fallender Arbeitslosenzahlen setzt Nordrhein-Westfalen selbst weniger Beschäftigungsimpulse als andere. Das Bundesland wies in 2015 eine mehr als doppelt so hohe Arbeitslosenquote auf wie Baden-Württemberg und Bayern. Während die niedersächsische Quote ungefähr auf Bundesdurchschnitt lag, lag Nordrhein-Westfalen mit 8 Prozent auf Platz 10. Dahinter befinden sich nur noch Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Bremen. Kein anderes westdeutsches Flächenland liegt schlechter.

Das ostdeutsche Bundesland Thüringen hat Nordrhein-Westfalen bereits 2013 bei der Arbeitslosenquote unterboten und dies in den fol-

Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen 2000-2015
Quelle: DESTATIS

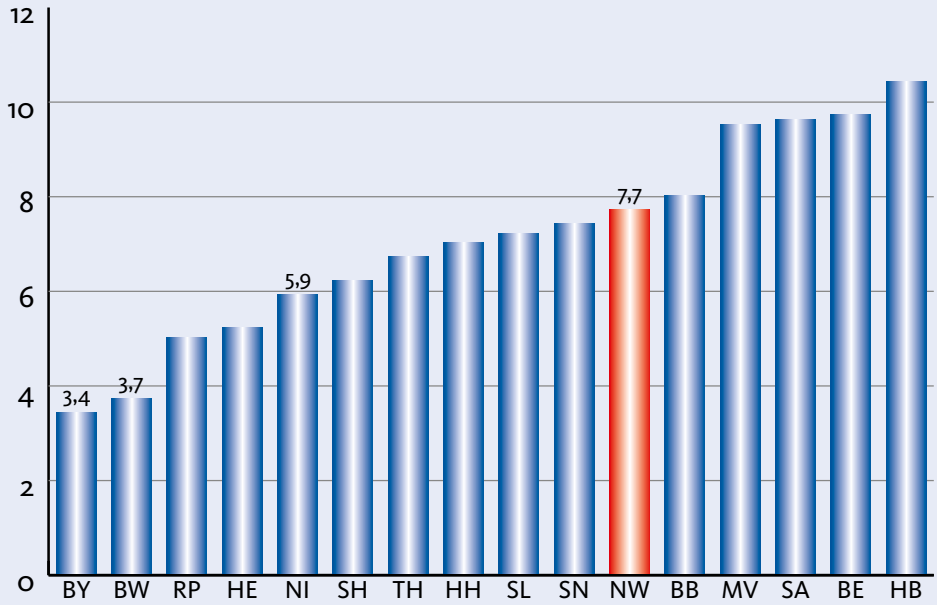


genden Jahren fortgesetzt. In 2015 lag die thüringische Arbeitslosenquote mit 7,4 Prozent um 0,6 Prozentpunkte niedriger als in Nordrhein-Westfalen und hat sich im Vergleich zu 1995 (14,1) halbiert. In NRW lag sie 1995 bei 9,7 Prozent.

Aktuelle Arbeitslosenquote

Nach den aktuellsten Zahlen hat sich der Abstand sogar noch einmal vergrößert. Im Mai 2016 gab es in NRW 724.810 arbeitslose Menschen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich damit zwar im Vergleich zum Jahresdurchschnitt von 2015 um 0,3 Prozent, in der Reihung der Bundesländer hat NRW aber wieder einen Platz verloren und liegt nur noch auf Platz 11. Auch Sachsen hat Nordrhein-Westfalen mit einer geringeren Quote überholt.
Insgesamt ist die Arbeitslosenquote in NRW um 40 Prozent höher als im Schnitt der westdeutschen Länder und um 28 Prozent höher als im Bundesschnitt

Arbeitslosenquote Mai 2016 (in Prozent)
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg



4. Investitionen

Investiert wird im Ausland...

Der Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie NRW (METALL NRW) hat Anfang diesen Jahres eine Studie veröffentlicht, wonach die Verlagerung von Produktionsaktivitäten ins Ausland in dieser Branche rapide ansteigt. Die Branche stellt mit 695.000 Beschäftigten in 2014 rund 50 Prozent der industriellen Arbeitsplätze und 50 Prozent der Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe in Nordrhein-Westfalen (169 Mrd. Euro). Bereits heute fließen 40 Prozent der Investitionen der Metall- und Elektroindustrie ins Ausland. In fünf Jahren werden es bereits nahezu 50 Prozent sein. Dabei beklagte die Branche vor allem die Kosten durch Energiewende und Bürokratie.

...weniger in NRW

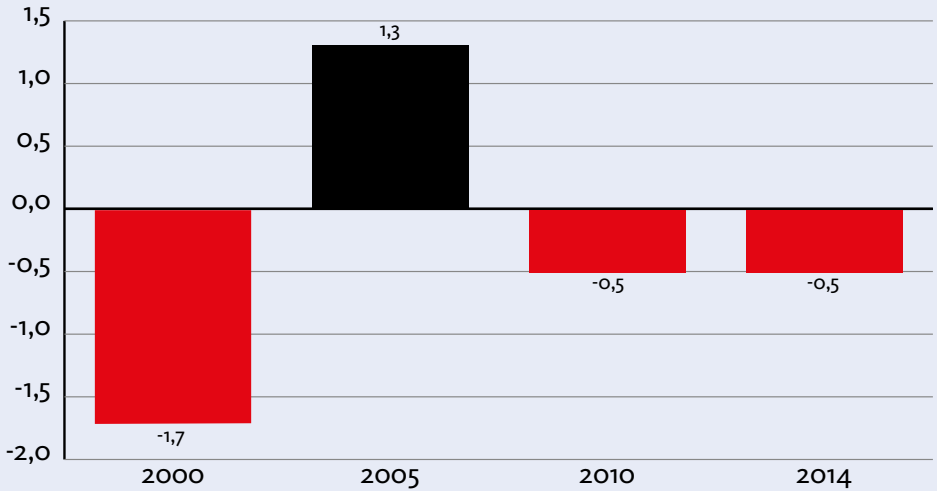
Dass eine schleichende Deindustrialisierung in Nordrhein-Westfalen stattfindet, weil die Investitionen zurückgehen, wird mit Blick auf die Zeitreihe deutlich. 1992 betrugen die Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe insgesamt 13 Milliarden Euro – 2014 waren es knapp 24 Prozent weniger (9,9 Milliarden Euro).

Auch der Anteil Nordrhein-Westfalens – dem Industrieland Nummer eins – an den bundesweit getätigten Investitionen schrumpft. Unter Rot-Grün fiel der nordrhein-westfälische Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bundesgebiet zwischen 2000 und 2004 sukzessive. Erst unter der CDU-geführten Landesregierung (2005-2010) wurde wieder mehr investiert.

Anfang der 90er Jahre wurden in Nordrhein-Westfalen knapp 23 Prozent aller Bruttoanlageinvestitionen Deutschlands getätigt – 2014 waren dies nur noch 16,2 Prozent.

Die Liste der hemmenden Faktoren für mehr Investitionen ist lang: marode Brücken, hohe Gewerbesteuer- und Grundsteuer-B-Hebesätze, überbordende Regulierungen sowie der schleppende Breitbandausbau. Auch die Landesplanung bremst die Entwicklung. NRW hat, seit Rot-Grün wieder regiert, fast 3500 ha Industrie- und Gewerbeflächen ersatzlos verloren.
Wir fordern daher die Abschaffung von Bürokratiemonstern wie dem Tariftreue- und Vergabegesetz, politische Rahmenbedingungen, die Wachstum fördern und nicht behindern sowie einen klaren politischen Kurs bei Bildung und Infrastruktur.

Bruttoanlageinvestitionen der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe (u. Bergbau) – Anteil NRW am Bundesgebiet, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent
Quelle: IT.NRW, eigene Berchnung



5. Insolvenzen

Gesunkene Unternehmensinsolvenzen...

Während zu Beginn der 2000er Jahre die Insolvenzen bundesweit höher lagen und in 2003 ihren Höchststand mit 39.320 gemeldeten Insolvenzfällen erreichten, hat sich die Lage aufgrund der wirtschaftlich stabilen Lage sukzessive entspannt. 2015 lag sie im Bundesschnitt um 41 Prozent niedriger als im oben genannten Rekordjahr. Diese positive Entwicklung spiegelt sich auch in den einzelnen Bundesländern wieder, allerdings sehr unterschiedlich.

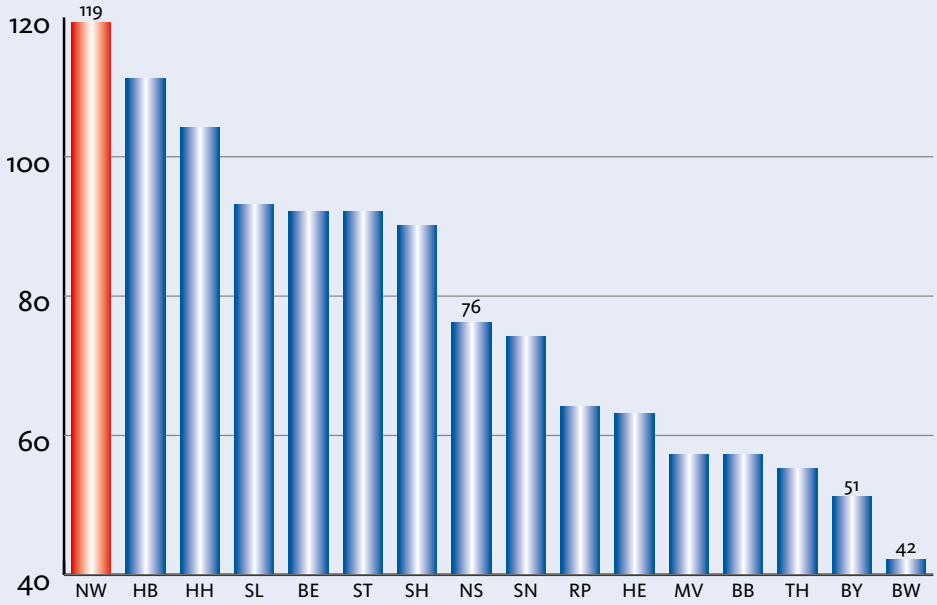
...aber Nordrhein-Westfalen ist Spitzenreiter bei Insolvenzquote

Setzt man die Insolvenzzahlen von 2013-2015 mit der Unternehmensanzahl der einzelnen Bundesländer ins Verhältnis, so steht Nordrhein-West-

falen mit der höchsten Insolvenzquote an der Spitze aller Bundesländer. Durchschnittlich kamen in den letzten drei Jahren 119 Insolvenzen auf 10.000 nordrhein-westfälische Unternehmen. Damit waren fast dreimal mehr Unternehmen von der Pleite betroffen, als im gleichen Zeitraum in Baden-Württemberg. Bundesweit lag der Durchschnitt bei 75. Folgende Grafik veranschaulicht die Unterschiede in den Insolvenzquoten der einzelnen Bundesländer.

Welches sind also die Handlungsfelder, mit denen sich wirtschaftliche Wachstumsimpulse setzen und der Abstand verringern lassen können? Wir sehen dort neben einer zukunftsfähigen Infrastruktur die Chancen, die uns die Digitalisierung als Wachstumsmotor der Zukunft ermöglicht.

Insolvenzquoten der Bundesländer
Unternehmensinsolvenzen im Ø 2013-2015 je 10.000 Unternehmen
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2016, eigene Berechnung, gerundet



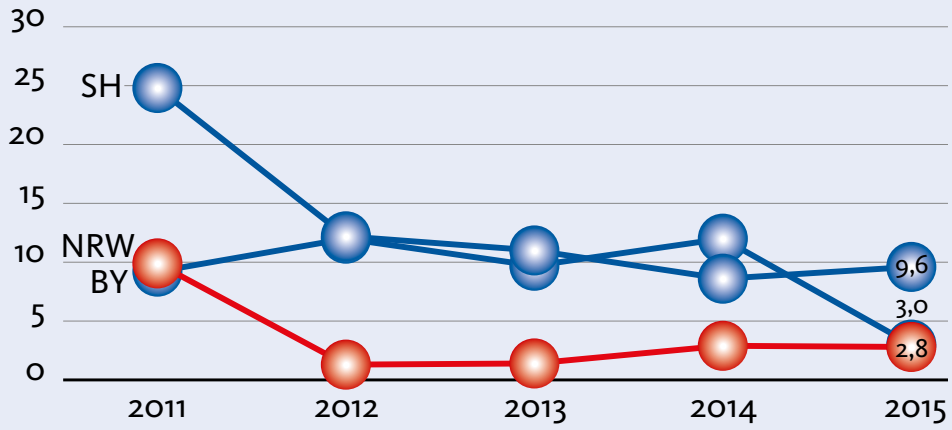
6. Breitband

Infrastruktur für die Zukunft

Dass schnelle Datenverbindungen ein Wachstumstreiber sind, ist nicht neu. Bereits 2009 veröffentlichte das ifo-Institut eine Studie, in der beschrieben wurde, dass sich die Wirtschaftsleistung um 0,9 bis 1,5 Prozent erhöht, wenn zehn Prozent neue Breitband-Internet-Anschlüsse (≥50 Mbit/s) hinzukommen. Auch die Bundesregierung hat die Zeichen der Zeit erkannt: Bis 2018 soll Deutschland flächendeckend mit dem schnellen Internet (≥50 Mbit/s) versorgt sein, um die Herausforderungen des digitalen Wandels bewältigen zu können und wettbewerbsfähig in der Wachstumsbranche der Zukunft zu bleiben.

Ausbaugeschwindigkeit in Haushalten (≥ 50 Mbit/s über alle Technologien), Pozentpunkte Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, eigene Berechnung



Unterdurchschnittliche Ausbaudynamik

Aber beim Zukunftsthema Digitalisierung kommt Nordrhein-Westfalen nicht schnell genug voran. Während seit Ende 2010 die Zahl der Breitbandanschlüsse in den bayerischen Haushalten um fast 46 Prozentpunkte gestiegen sind und sich damit in den letzten fünf Jahren mehr als verdreifacht haben, sind in NRW im gleichen Zeitraum lediglich 18,3 Prozent der Haushalte zusätzlich ans schnelle Netz angeschlossen worden. Der Anteil der schleswig-holsteinischen Haushalte mit einer Verfügbarkeit ≥50 Mbit/s stieg sogar von 17 Prozent um mehr als das Vierfache im vergangenen Jahr (74,6 Prozent). Mittlerweile droht NRW von dem sehr ländlichen Schleswig-Holstein überholt zu werden und auch hier den Anschluss zu verlieren.

Wie der digitale Strukturwandel gelingen kann, zeigt wieder einmal Bayern. Dort wird der Ausbau durch eigene Investitionen des Landes vorangetrieben – in Nordrhein-Westfalen wird lediglich das Programm des Bundes kofinanziert. Erinnert man sich an die Regierungserklärung zum Thema Digitalisierung Anfang 2015, entblößte diese mehr Schwächen, als einen wirklichen Fingerzeig in die Zukunft.

Gewerbegebiete digital abgehängt

Die Internetverbindung ist zu einem Standortfaktor für Unternehmen geworden. Bislang verfügen aber erst 10 Prozent der Gewerbegebiete in Nordrhein-Westfalen über einen Anschluss mit einer Geschwindigkeit von mehr als 50Mbits/s (Studie NRW.BANK 2015). Ohne den Zugang zu schnellen Netzen findet Digitalisierung jedoch ohne unsere Wirtschaft statt. Gerade für die Umsetzung von Industrie 4.0 ist eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur zwingend notwendig.

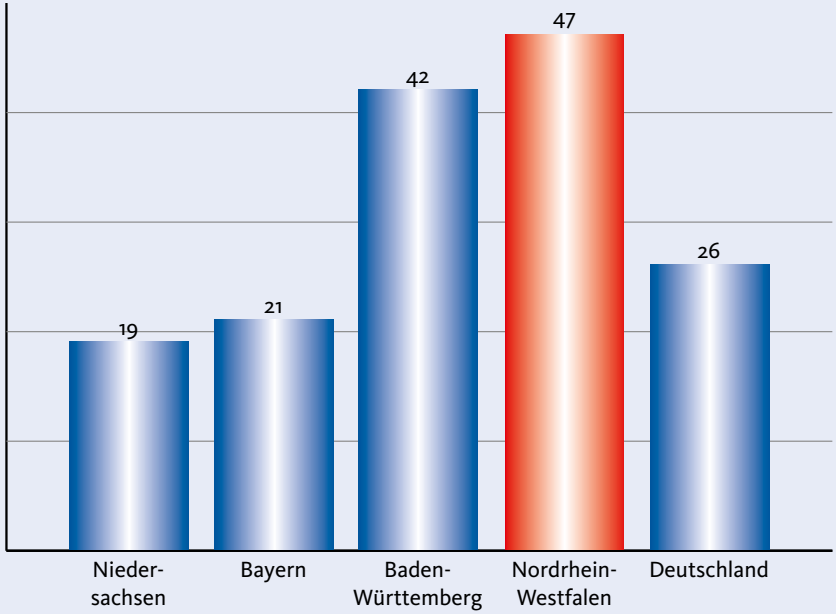
7. Verkehr

Stauland Nummer eins

Nicht nur der digitale, sondern auch der Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen lahmt. Nordrhein-Westfalen verzeichnet, aufgrund der zentralen Lage als Drehkreuz in Europa, täglich enorme Verkehrsbelastungen. Marode Straßen, Baustellen und kilometerlange Staus sind die Folgen.

Im vergangenen Jahr gab es in Nordrhein-Westfalen 322.633 Staukilometer, das sind 11,5 Prozent mehr als 2014. Auf insgesamt 2.215 nordrhein-westfälischen Autobahn-Kilometern standen Autofahrer insgesamt 104.933 Stunden im Stau und damit bundesweit am längsten. Rund 29 Prozent aller gemeldeten Staukilometer fielen in Nordrhein-Westfalen an, 22 Prozent in Bayern, 13 Prozent in Baden-Württemberg und 7 Prozent in Niedersachsen. Bei den gemeldeten

Staudauer pro Autobahnkilometer in 2015
Quelle: Staubilanz 2015, ADAC e.V.



Staustunden entfiel 2015 sogar fast ein Drittel allein auf nordrhein-westfälische Autobahnen. Bezieht man die gesamte Staudauer in NRW auf die Autobahnkilometer im Streckennetz, so zeigt sich im Vergleich mit Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen, dass in Nordrhein-Westfalen die Autofahrer am längsten stehen. 2015 waren das fast zwei volle Tage und damit fast doppelt so viel, wie im Bundeschnitt.

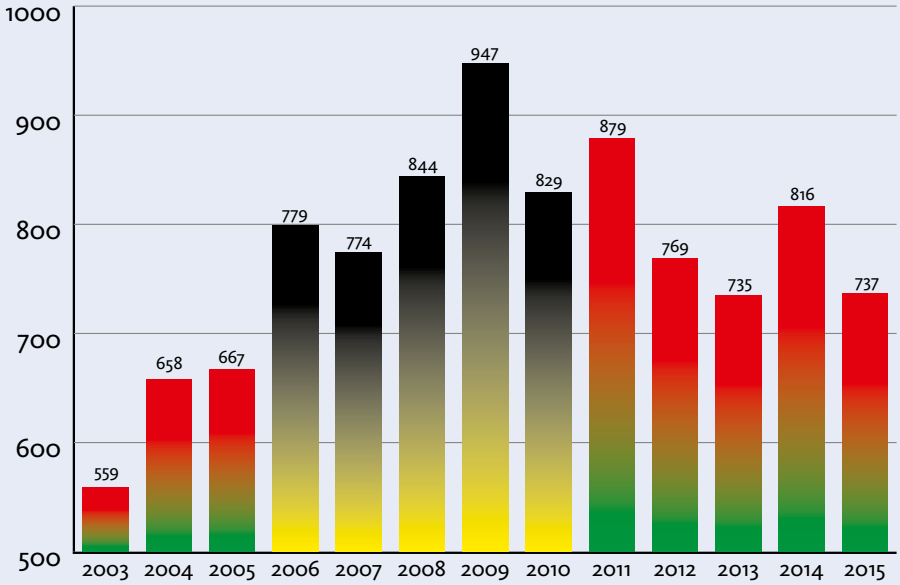
Fehlende Investitionen unter Rot-Grün

Marode Infrastruktur – wie zum Beispiel die Leverkusener Brücke der A1 über den Rhein mit 46.313 Staukilometern in 2015 - führt dazu, dass unsere Weltmarktführer hohe Zusatzkosten bewältigen müssen, um ihre Produkte unter den erschwerten Bedingungen transportieren zu können.

Wesentliche Voraussetzungen für Wachstumsimpulse und die Sicherung der Wettbewerbsfä-

Bauvolumen Bundesfernstraßen in Nordrhein-Westfalen, in Mio. Euro

Quelle: CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen



higkeit sind daher Investitionen in den Ausbau und Erhalt öffentlicher Infrastruktur. Trotzdem mussten unter Rot-Grün 2013 48 Millionen Euro an nicht verbauten Bundesmitteln für den Fernstraßenbau zurückgegeben werden, weil keine baureifen Planungen vorlagen. Ein ähnliches Bild ergibt sich für 2015: Dort lagen die investierten Mittel gerade noch bei 737 Millionen Euro für den Fernstraßenbau. Aus den Sonderprogrammen des Bundes mit insgesamt 2,7 Milliarden Euro erhielt das Stauland Nr. 1 mangels baureifer Projekte magere 128 Millionen Euro – für die Brückensanierungen 70 Millionen von 360 Millionen Euro. Wie sich die Entwicklung konkret darstellt verdeutlicht die Grafik auf Seite 18.

Fakt ist, dass nur dort Mittel in voller Höhe abgerufen werden können, wo Planungen „in der Schublade“ liegen. Unter Schwarz-Gelb lagen Planungen vor und Mittel konnten abgerufen werden. Zur Stärkung unseres Landes muss die Landesregierung vorausschauende Planungen vorlegen, um die Mittel aus dem Bundesverkehrswegeplan abrufen zu können. Er sieht im Entwurf für die nächsten 15 Jahren Investitionen von rund 265 Milliarden Euro vorrangig für den Erhalt und Ausbau der deutschen Infrastrukturen vor und ein um 91 Milliarden höheres Investitionsvolumen im Vergleich zum vorherigen Verkehrswegeplan.

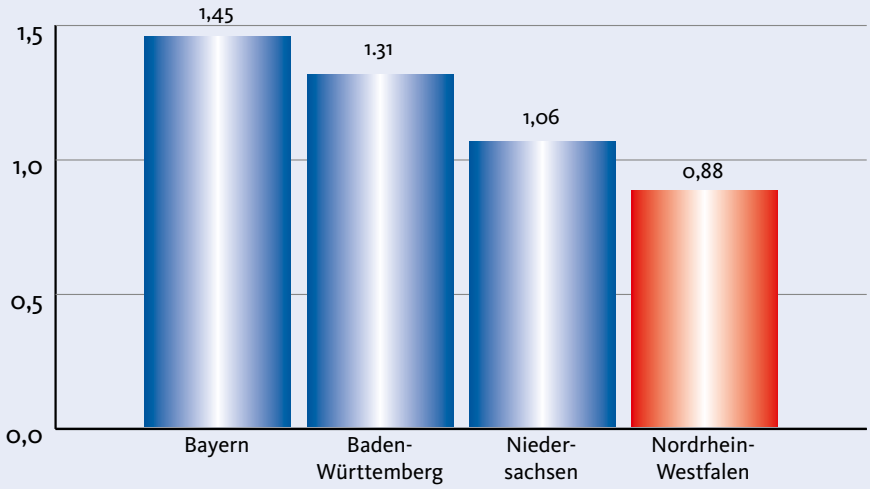
Hiervon profitieren werden allerdings nur die Bundesländer, die ihre Projektplanung vorantreiben.

8. Bildung

In der heutigen, wissensbasierten Wirtschaft ist Bildung ein zentraler Grundstein und neben den „harten“ Standortfaktoren eine bedeutende Einflussgröße auf die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Bildung und Ausbildung steigern die Wirtschaftskraft und soziale Teilhabe des Einzelnen. Sie ist elementarer Bestandteil einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Gerade in einer zunehmend vernetzten Welt werden Arbeitsplätze und Berufe weniger stark von Rationalisierungen betroffen sein, je höher der für die Tätigkeit erforderliche Wissensstand ist. Bildung ist und bleibt die beste Absicherung gegen Armut.

Die Landesregierung startete mit dem Anspruch „Kein Kind zurück lassen“. Sechs Jahre Rot-Grün haben aber nicht zum Aufschluss zu anderen Flächenländern geführt. Im Gegenteil: Im Bildungsmonitor 2015 (INSM) belegte Nordrhein-West-

Unbesetzte Berufsausbildungsstellen je unversorgtem Bewerber, insgesamt
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, April 2016



falen nur Rang 14 und steht weit abgeschlagen hinter Bayern (Rang 3), Baden-Württemberg (Rang 4) und Niedersachsen (Rang 8). In den Bereichen „Berufliche Bildung“ und „Betreuungsbedingungen“ liegt Nordrhein-Westfalen sogar auf dem letzten Platz. Während die durchschnittliche Klassengröße an nordrhein-westfälischen Grundschulen 23,1 Schüler beträgt, kommt eine Klasse im Bundeschnitt nur auf 20,7 Schüler. Der Anteil der erfolgreichen Absolventen von Berufsschulen und Fachschulen liegt mehr als 13 Prozent unter dem bundesweiten Durchschnitt von 80,2 Prozent.

Schere zwischen Angebot und Nachfrage

Laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sind in Deutschland 90 Prozent der 20-34-jährigen, die in den vergangenen drei Jahren einen Bildungsabschluss erworben haben, erwerbstätig. Der Abschluss ist also eine Garantie für den Jobeinstieg. Laut Bundesagentur für Arbeit standen im April im nordrhein-westfälischen Ausbildungsmarkt 48.561 unbesetzten Berufsausbildungsstellen 54.887 unversorgte Bewerbern gegenüber. Nur hier und in Berlin übersteigt die Zahl der Bewerber das Ausbildungsangebot. Auch hier ist unser Land Schlusslicht unter den Flächenländern. Der Überschuss an unversorgten Azubi-Bewerbern in NRW ist mit 6.326 der höchste. Lediglich in Berlin haben unversorgte Bewerber noch geringere Chancen, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. In allen anderen Bundesländern ist die Situation umgekehrt und die Schere öffnet sich in die entgegengesetzte Richtung. In Bayern überstieg das Angebot die Nachfrage um 13.995 Ausbildungsplätze, in Baden-Württemberg um 8.565 und in Niedersachsen immer noch um 1.602 jeweils zur Mitte des Ausbildungsjahres.

Setzt man diese Daten in Relation, so ergibt sich folgendes Bild: Während das Verhältnis von noch zu besetzendem Ausbildungsplatz und unversorgtem Bewerber in Niedersachsen nahezu ausgeglichen ist (1,06) und auf Niveau des Bundesschnittes liegt (1,10), kommt Baden-Württemberg auf einen Wert von 1,31 und Bayern sogar auf 1,45. In Nordrhein-Westfalen liegt der Wert hingegen bei 0,88. Im direkten Vergleich stand im April 2016 einem noch unversorgten Bewerber im Freistaat Bayern ein um 65 Prozent größeres Angebot an Ausbildungsplätzen gegenüber als in Nordrhein-Westfalen.

Gewichten wir diese Zahl der Angebote und beziehen wir dies auf die Einwohnerzahlen Nordrhein-Westfalens, gehen mehr als 3,57 Azubis pro 10.000 Einwohner leer aus und erhalten keine Stelle.

#NRWkannmehr

„Kraftlos“, so kann man in einem Wort die bisherigen Anstrengungen der rot-grünen Landesregierung für wirtschaftliches Wachstum und die Besetzung von Zukunftsthemen benennen.

Auch den Menschen in Nordrhein-Westfalen ist nicht erst seit der Veröffentlichung der Wirtschaftszahlen bewusst, dass unser Land abgehängt wird. In Sachen Breitbandausbau und Digitalisierung weisen wir seit einigen Jahren immer wieder darauf hin. Nordrhein-Westfalen als Energie- und Industrieland, Heimat von vielen Weltmarktführern, einer großen Anzahl mittelständischer Unternehmen und 17,7 Millionen Einwohnern sollte aber nicht in allen wichtigen Statistiken auf dem letzten Platz stehen oder Spitzenreiter bei Negativmeldungen sein.

Unsere Analyse hat gezeigt, woran es fehlt, in welchen Bereichen wir dringenden Handlungsbedarf sehen. Gleichzeitig verfügt Nordrhein-Westfalen über genügend Potentiale, um Wachstum zu generieren und den Wachstumsabstand zu den westdeutschen Flächenländern zu verringern.

Wir wollen Vorfahrt für Wachstum in allen Politikfeldern, damit die nordrhein-westfälische Wirtschaft nicht weiter still steht. Darum stehen wir für:

- Die Abschaffung von Landesgesetzten und Maßnahmen, die zu einer zusätzlichen Belastung für nordrhein-westfälische Unternehmen führen.
- Weniger Regulierungswut und eine Willkommenskultur für Unternehmen.
- Einen engagierten Einsatz in Berlin und Brüssel für die Interessen der nordrhein-westfälischen Wirtschaft.
- Eine deutliche Erhöhung der Breitbandausbaudynamik und eine moderne Wirtschaftsförderung, die die Chancen der Digitalisierung nutzt.

Unterstützen Sie uns dabei.
#NRWkannmehr

Quellen

- ADAC e.V.
- Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder
- Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder
- Bundesagentur für Arbeit
- Bundesministerium der Finanzen
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
- CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
- Ernst & Young
- Finanzministerium NRW
- ifo-Institut
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
- Institut der deutschen Wirtschaft
- Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
- IT.NRW
- McKinsey & Company, Inc.
- METALL NRW
- NRW.BANK
- Statistisches Bundesamt Wiesbaden
- sowie eigene Berechnungen

Fotos: Titelfoto © Peter Atkins_fotolia.com | Seite 2 © KAS/Uta Wagner | Seite 16 © alphaspirit_fotolia.com | Seite 18 © VRD_fotolia.com | Seite 22 © Syda Productions_Fotolia.com

Herausgeber

Hendrik Wüst MdL
Landesvorsitzender der Mittelstands- und
Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW

Redaktion

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung
der CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstraße 5 · 40213 Düsseldorf
Stefan Simmnacher, Valerie Röhrig